

Politischen Extremismus bekämpfen!

Unser Engagement für Demokratie

Beschluss des Deutschlandtages der Jungen Union
vom 16. bis 18. Oktober 2009 in Münster

Die Junge Union Deutschlands wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Katastrophe des Nationalsozialismus gegründet. Dies geschah in dem Bewusstsein, dass nach dem Missbrauch der jungen Generation durch die Nationalsozialisten die neu gewonnene Freiheit dazu genutzt werden soll, junge Menschen auf der Basis des christlichen Menschenbildes für Demokratie und Freiheit, für Menschenrechte und Frieden zu begeistern. Schon früh wurde deutlich, dass dies zunächst nur im westlichen Teil Deutschlands möglich war. Denn unter der Kontrolle der sowjetischen Besatzungsmacht wurde im östlichen Teil Deutschlands ein sozialistischer Staat errichtet, der die Freiheit und die Rechte seiner Bürger missachtete. Vor diesem Hintergrund blieb der Kampf um die Freiheit in beiden Teilen Deutschlands bis zum Fall der Mauer und der Einheit Deutschlands stets eine zentrale Grundlage der Jungen Union. Seit der friedlichen Revolution 1989 kann nun die ganze deutsche Jugend in Einigkeit und Recht und Freiheit in einem gemeinschaftlichen Europa ihren Teil zur Gestaltung der Zukunft beitragen. Die Möglichkeit mitzubestimmen, am politischen Meinungsbildungsprozess zu partizipieren und die Stimme der jungen Generation zu sein, sind für die Junge Union dabei wesentliche Anliegen.

Trotz der Erfahrungen des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen sowie des Unrechtsstaates „DDR“ lässt sich feststellen, dass es nach wie vor Menschen gibt, die anfällig sind für radikale politische Ideen und Utopien, auch in der jungen Generation. Die Schrecken des nationalsozialistischen Terrors drohen ebenso in Vergessenheit zu geraten wie die Verbrechen des sozialistischen Unrechtsstaates „DDR“. Erneut versuchen Extremisten, gerade die Jugend mit ihrem Gedankengut zu radikalieren. Rechts- und Linksextremismus stellen sowohl in der Parteienlandschaft als auch im gesellschaftlichen Leben eine wachsende Gefahr dar. In Deutschland nehmen in den letzten Jahren Straftaten mit extremistischem Hintergrund zu. So wuchs die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten einschließlich Propagandadelikten von 17.607 im Jahr 2007 auf 20.422 im Jahr 2008, die der linksextremistischen Straftaten von 5.866 auf 6.724. Linksextremistische Propaganda erfüllt in Deutschland leider keinen Straftatbestand und erscheint in keiner Statistik. So dürfen unverhohlenen Abbildungen von linksrevolutionären Mördern im Alltag und in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Auch hier besteht rechtsstaatlicher Handlungsbedarf. Vor allem beunruhigt das wachsende Maß an brutaler Gewaltbereitschaft. So stieg die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten im gleichen Zeitraum von 1.054 auf 1.113. Die Zahl linksextremistischer Gewalttaten sank im Jahresvergleich wegen des Gwalthöhepunkts beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 von 1.247 auf 1.188. Die Bilder gleichen sich und oftmals ist es kaum mehr möglich, die verschiedenen Gruppierungen zu unterscheiden, ob bei Krawallen während der Silvesternacht, bei Randalen anlässlich politischer Demonstrationen oder bei Ausbrüchen von Zerstörungswut beispielsweise am 1. Mai. Vor diesem Hintergrund bleibt es eine zentrale Aufgabe aller demokratischen politischen Jugendorganisationen, dem politischen Extremismus von links und rechts, aber auch dem religiös motivierten Extremismus gleichermaßen energisch entgegenzutreten und für die Erfolgsgeschichte Bundesrepublik zu streiten.

Der 60. Geburtstag der Bundesrepublik und des Grundgesetzes sowie der 20. Jahrestag der friedlichen Revolution und des Mauerfalls sind gute Anlässe für ein positives Bekenntnis zu unserem Land. Damit verknüpft die Junge Union vor allem die Namen der CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl. Beide waren die Garanten für ein demokratisches Deutschland in Frieden und Freiheit. Wir sind stolz auf das Deutschland, das in den letzten 60 Jahren seinen Platz unter den freien Völkern der Welt im Herzen Europas gefunden hat. Das Eintreten für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gegen Antisemitismus und Rassismus sowie ein positives und eindeutiges Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit ihrer Sozialen Marktwirtschaft bleibt auch weiterhin für unsere politische Arbeit und unser Selbstverständnis zentral. Daraus ergibt sich, dass wir uns der Auseinandersetzung mit extremistischen politischen Kräften stellen müssen.

1. Extremismus – Eine Gefahr für den Rechtsstaat und die Demokratie!

Politischer Extremismus tritt in verschiedenen Formen auf: In politischen Parteien, in Vereinen für harmlos erscheinende Zwecke, in Bildungsstätten und Publikationsorganen sowie in religiösen Zentren. Im alltäglichen Leben wird er am stärksten und bedrohlichsten in Form von Gewaltanwendung sichtbar. „Krawalltourismus“ unter dem Deckmantel der politischen Auseinandersetzung ist bei politischen Extremisten sehr populär. Hinzu kommt eine beunruhigende Tendenz, Andersdenkende oder einfach nur „Andere“ auszugrenzen. Es gibt Orte in Deutschland, in denen sich Menschen mit anderer Hautfarbe nicht frei bewegen können; es gibt Orte in Deutschland, in denen sich Frauen und Mädchen besonders bedroht fühlen; und es gibt Orte in Deutschland, in denen ganz normale Bürger, die als Vertreter „des Systems“ angeprangert werden, nicht mehr sicher sind. Solche „No-Go-Areas“ sind absolut inakzeptabel für eine demokratische Gesellschaft. Sie stören unsere Sicherheit. Deshalb ist es wichtig, sich solchen Tendenzen entschieden entgegenzustellen.

Gewalttätiger Linksextremismus

Linksextremisten streben je nach ideologischer Ausrichtung die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung durch eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft an oder wollen eine „herrschaftsfreie“, anarchistische Gesellschaft errichten. Revolutionär-marxistische Organisationen setzen dabei auf einen langfristigen Klassenkampf, Autonome streben ein selbstbestimmtes Leben in „herrschaftsfreien Räumen“ an. Dabei wird auch die Anwendung von Gewalt gegen Sachen und Personen als legitimer Bestandteil der politischen Arbeit betrachtet. Die traditionellen Aktionsfelder der Linksextremisten sind dabei „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antikapitalismus“ und „Antiglobalisierung“. Der so genannte Antifaschismus zielt nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen ab. Eigentliches Ziel ist es, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu überwinden, um die vermeintlichen Wurzeln des Faschismus im „kapitalistischen System“ zu beseitigen. Dabei ist der historische Bezug auf das Dritte Reich nicht nur falsch, sondern eine bewusste Verfä-

sung geschichtlicher Tatsachen. Der Begriff des Nationalsozialismus wird von linken Kräften konsequent vermieden, um die sozialistische Komponente des Dritten Reichs zu negieren. Beim Aktionsfeld Antirepression erfolgt der öffentliche Auftritt meist unter den Schlagworten „Bürgerrechte“ und „Überwachungsstaat“. Wichtige Aktivitäten sind aber die juristische und finanzielle Unterstützung von politischen Gewalttätern, wie durch den Verein „Rote Hilfe e. V.“, und die Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates in Kampagnen zugunsten „politischer Gefangener“ in Deutschland.

In besonders unberechenbarer Form tritt der gewalttätige Linksextremismus in der so genannten „Autonomen Szene“ zu Tage. Sie bildet mit 5.800 von insgesamt 6.300 Personen den größten Teil des linksextremistischen Gewaltpotentials. Autonome lehnen jede Form staatlicher und gesellschaftlicher Normen ab. Der Kampf gegen Autoritäten aller Art sowie gegen die Erwerbsarbeit und die Weigerung, am „kapitalistischen Verwertungsprozess“ teilzunehmen, sind Kennzeichen autonomen Lebens. Ihr Selbstverständnis ist geprägt von der Vorstellung eines freien, selbstbestimmten Lebens innerhalb „herrschaftsfreier Räume“ („Autonomie“). Diese auch rechtsfreien „Freiräume“ werden von der autonomen Szene mit stetig zunehmender Gewalt verteidigt. Dies zeigt sich besonders in Berlin und Hamburg in immer häufigeren und immer gewalttätigeren massenhaften Ausschreitungen („Massenmilitanz“) sowie in vermehrten einzelnen Gewaltakten wie Brandstiftungen. Diese Gewalt wird als notwendige Verteidigung gegen die „strukturelle Gewalt“ des „herrschenden Systems“ gerechtfertigt, das von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung geprägt sei. Diese Handlungsweisen zeigen deutlich den Widerspruch zwischen ihren Aussagen und ihrem Handeln. Toleranz und Frieden predigen, aber gewalttätig und intolerant handeln.

Die autonome Szene ist im linksextremen Kontext trotz ihrer Strukturlosigkeit, ihrer konzeptionellen Schwäche und ihrer Unberechenbarkeit nicht isoliert. So gibt es für autonome Gewalttäter bereitwillig Solidaritätsaktionen verschiedener Gruppierungen und konkrete Unterstützung gegenüber Polizei und Justiz etwa durch die „Rote Hilfe“ oder sogar verschiedener ASten (allgemeine Studierendenausschüsse). So haben in der Vergangenheit ASten unter Missbrauch ihres Budgets linksextremistische Studenten durch Gerichtskostenhilfe finanziell unterstützt. Auch im publizistischen Bereich findet sie in der bundesweit vertriebenen Tageszeitung „junge Welt“ (jW) bekennde Unterstützung. Immer wieder wird in Beiträgen dieser Zeitung Gewalt als legitimes Mittel im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus beschrieben. Auch klingt Sympathie für den Terror der RAF an. Ihrem Ursprung als Zentralorgan der SED-Jugendorganisation FDJ bleibt die jW treu: „So beschrieb ein jW-Autor die Autobiografie des letzten Chefs der DDR-Grenztruppen als ein Buch, das tausenden Grenzsoldaten ein ‚ehrendes Denkmal‘ setze. Die Verurteilung des Chefs der Grenztruppen zu sechseinhalb Jahren Freiheitsstrafe nach der Wende bezeichnet er als Unrechtsurteil ‚aus dominanter, offen bekundeter DDR-Feindlichkeit‘. ‚Grenzverletzer‘ hätten in der ehemaligen DDR ‚in selbstmörderischer Weise‘ und ‚teilweise außerordentlich hartnäckig‘ durch ihr Verhalten den Schusswaffengebrauch ausgelöst.“ (zitiert aus dem Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Inneren 2008). Ausländische Terrororganisationen wie die baskische ETA oder die

kolumbianische FARC finden ebenfalls in der „jungen Welt“ Unterstützung und eine publizistische Plattform.

Zwischen den Jugendstrukturen der SED-Fortsetzungspartei Die Linke und der autonomen Szene findet ein reger Austausch statt und die Sympathie für linksautonome Gewalt reicht mittlerweile bis in ansonsten demokratische politische Jugendorganisationen wie Jungsozialisten oder Grüne Jugend. Sie distanzieren sich oft nicht klar von der linksextremen Szene und kooperieren mit linksextremistischen Vereinen und Strukturen. Durch indirekte politische Vertretung durch Die Linke, durch Einmischung linksextremistischen Gedankenguts in den Mainstream der demokratischen Linken sowie durch Gewöhnung an und Verteidigung von rechtsfreien Räumen wird die linksautonome Szene zu einer ernsthaften Gefährdung unserer Rechtsordnung und des demokratischen Verfassungsstaates.

Gewalttätiger Rechtsextremismus

Rechtsextremisten treten in der Regel für ein autoritäres politisches System ein, in dem der Staat und das Volk als „natürliche Ordnung“ in einer Einheit verschmelzen. Dieser Ideologie der „Volksgemeinschaft“ liegen nationalistische und rassistische Anschauungen zugrunde, in denen die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“ über den Wert eines Menschen entscheidet. Dieses rechtsextremistische Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zu unserem Menschenbild wie es im Grundgesetz niedergelegt ist.

Wie Linksextremisten bekämpfen Rechtsextremisten das deutsche und europäische Modell einer sozialen Marktwirtschaft und stellen ihm kollektivistische Gesellschaftsvorstellungen entgegen. Die Einbindung Deutschlands in das westliche Wertesystem und in die Nato wird auch von Rechtsextremisten entschieden abgelehnt. Wie der Linksextremismus ist der Rechtsextremismus aber auch kein einheitliches Phänomen, sondern tritt mit unterschiedlichen nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Ideologien auf. Das Weltbild gewaltbereiter Rechtsextremisten wird von fremdenfeindlichen, rassistischen sowie gewaltbejahenden Ressentiments geprägt. Sie verüben oft spontane Gewalttaten und treten mit aggressiver, volksverhetzender Musik in Erscheinung. So wollen sie ihren Willen ausdrücken, Deutschland von allem Fremden zu „befreien“.

Ein wichtiges Mittel für den Aufbau und den Zusammenhalt der gewaltbereiten rechtsextremen Szene sowie für die Einwirkung auf die Jugendkultur ist die rechtsextremistische Musik. Die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten ist zwar vom Jahr 2007 auf das Jahr 2008 von 10.000 auf 9.500 zurückgegangen, aber zugleich ist die Diversifizierung der Szene weiter vorgeschritten. Nach wie vor steht nicht die politische Betätigung, sondern die Teilnahme an Freizeitaktivitäten, wie Musikveranstaltungen, im Vordergrund. Ein wichtiges Mittel, sich aus ihrer gesellschaftlichen Isolation zu lösen und einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren, sind für Rechtsextremisten die sozialen Netze des Internet, in denen sie sich vermehrt an nichtextremistischen Online-Communities beteiligen. Auch Videoplattformen bieten für Rechtsextremisten eine Möglichkeit, sich gegenüber Jugendlichen zu vermarkten. Zunehmend

versuchen Rechtsextremisten, im so genannten vorpolitischen Raum (z.B. Jugendclubs, Vereine) Fuß zu fassen. Sie streifen damit ihrem radikalen Gedankengut den Deckmantel sozialen Engagements über, zielen jedoch darauf ab, über freundschaftliche Kontakte positiv wahrgenommen zu werden, zunächst unpolitische Unterstützer zu gewinnen und diese schließlich zu ideologisieren.

Im Jahr 2008 konnten 4.800 Personen der Neonazi-Szene zugerechnet werden. Damit war ein Anstieg des um ca. zehn Prozent zu verzeichnen. Die stärker ideologisch geprägte und besser organisierte Neonazi-Szene sucht die staatliche Ordnung der Bundesrepublik – welche als „System“ bezeichnet wird – durch einen autoritären „Führerstaat“ mit einer ethnisch homogenen Bevölkerungsstruktur zu ersetzen.

Politisches Engagement gegen Extremismus und für Demokratie

Die JU tritt politischem Extremismus, seinen Gewaltexzessen sowie dem Entstehen von radikalen und militanten Parallelgesellschaften entschlossen entgegen. Diese Formen extremistischer Kriminalität stellen einen Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Das Bundesverfassungsgericht hat die wesentlichen Elemente unserer Grundordnung beschrieben: Damit ist eine Ordnung gemeint, die unter Ausschluss von Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf Grundlage der Freiheit, der Gleichheit sowie der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit darstellt.

Wir wollen ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes Deutschland, das allen Einwohnern – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, politischer Meinung und Religion – eine Heimat bietet, in der sie in Sicherheit und Freiheit leben können. Die deutsche Geschichte der letzten sechs Jahrzehnte hat trotz und mit allen ausgestandenen Konflikten gezeigt, dass die Staatsordnung der Bundesrepublik hierfür der wichtigste Garant ist. Es ist unsere beständige Aufgabe Missstände zu kritisieren, aber auch die Errungenschaften des freiheitlich-demokratischen Staatswesens zu verteidigen. Wer diese Errungenschaften pauschal negiert, schwächt die Bindung der Bevölkerung an den Staat und stärkt den Extremismus. Wer sich gegen Extremismus einsetzt, muss sich an der Weiterentwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beteiligen und ihren Wert glaubhaft verteidigen. Dabei kommt auch den Medien eine besondere Verantwortung zu. Bloße Skandalisierung nutzt nur den extremistischen Gruppen selbst, da ihnen auf diese Weise unverdiente Aufmerksamkeit zuteil wird und gleichzeitig die Gelegenheit ungenutzt bleibt, die menschenverachtenden Anschauungen und demagogischen Argumente der Extremisten zu entlarven.

Als demokratische Jugendorganisation wendet sich die Junge Union gegen jeden politischen Extremismus. Ohne die gemeinsame Wertschätzung unseres freiheitlichen Gemeinwesens, ohne Patriotismus, ohne die Bereitschaft, gegenüber Heimat, Nation und seinen Mitmenschen Pflichten zu erfüllen und Verantwortung zu übernehmen, kann ein Gemeinwesen nicht erfolgreich funktionieren. Im Kampf gegen Extremismus müssen wir diese zentralen Werte

unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung hochhalten. Wir brauchen deshalb dringend einen antitotalitären Konsens aller demokratischen Parteien. Es ist für unsere Demokratie fatal, wenn mit zweierlei Maß gemessen wird. Jede Form von politischem Extremismus stellt eine Gefahr für unsere Demokratie dar.

Entschlossenes staatliches Handeln ist dringend notwendig!

Entschiedenenes Vorgehen gegen extremistische Kriminelle ist ein notwendiger und wichtiger Bestandteil der wehrhaften Demokratie. Die Sicherheitsbehörden müssen deshalb eine Vielzahl von Maßnahmen ergreifen, um die Erscheinungsformen des politischen Extremismus zu bekämpfen. Neben dem Wirken der Behörden des Verfassungsschutzes sind dies insbesondere die verstärkte polizeiliche Präsenz an einschlägigen Treffpunkten, die Auflösung von Konzerten, das Durchsetzen von Demonstrationsverboten oder die Indizierung entsprechender Tonträger besonders aus dem rechtsextremistischen Umfeld sowie das Verbot extremistischer Publikationen und Symbole. Gerade auch das beinahe unbemerkte Anwachsen und die Eskalation linksautonomer Gewalt zeigen, dass Wegsehen und regierungsamtliche Beschwichtigung sowie eine Politik der Tolerierung rechtsfreier Räume und Zustände für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des sozialen Friedens falsch sind. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass eine Politik der Nulltoleranz nicht nur gegen Rechtsextremismus, sondern auch gegen den Linksextremismus zur Aufrechterhaltung unserer demokratischen Rechtsordnung unerlässlich ist. Dabei bedarf die Polizei des Rückhalts durch politische Entscheidungsträger. Die Regierungsbeteiligung extremistischer Parteien erweist sich hier aber immer wieder als problematisch. Die Junge Union fordert, dass die Einführung der Straftatbestände des Bestreitens des „DDR“-Unrechtsregimes und des Verunglimpfens seiner Opfer zu prüfen sind. Das Tragen von Staatssymbolen der ehemaligen „DDR“ und deren Organisationen wie der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) auf Kleidungsstücken sollte ebenfalls strafrechtlich geahndet werden.

Die Gefahren des fortschreitenden Linksextremismus' und auch seines Sympathisantentums innerhalb der linken parlamentarischen Parteien müssen öffentlich stärker thematisiert werden. Solidarisierung und „Laissez-faire“ sind keine Mittel gegen Gewaltkriminalität von links. Wir fordern, dass durch den Bund Programme aufgelegt werden, die über die Bedrohung durch den Linksextremismus und die schleichende parlamentarische Unterwanderung aufklären, die gesellschaftliche Solidarität aller Demokraten gegenüber Linksextremisten fördern und zudem „Aussteigern“ aus der Szene die Möglichkeit zur Integration in der friedlichen Zivilgesellschaft geben. In ähnlicher Weise, wie seit Jahren erfolgreiche gesellschaftliche Programme gegen Rechtsextremismus (z. B. Entimon, „Vielfalt tut gut“) existieren, muss nun auch endlich der ständig zunehmende Linksextremismus mit gesellschaftlichen Programmen bekämpft werden.

Sich Gewalttätern entgegenzustellen und Straftäter festzusetzen, ist das eine, sie rechtskräftig zu verurteilen jedoch das andere. Harte Strafen helfen dabei alleine nicht weiter. Wichtiger ist es, konsequent und zeitnah zu strafen. Die Täter müssen begreifen, dass ihr Tun nicht tole-

riert wird. Dabei ist es notwendig, gerade jugendlichen Tätern frühzeitig klare Grenzen zu setzen. Hier ist nicht nur der Staat, hier sind auch die Eltern und die Gesellschaft gefragt.

Die Zivilgesellschaft durch Prävention stärken!

Der Kampf gegen den politischen Extremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wenn Links- und Rechtsextreme immer offener bekennen, dass das Ziel ihrer politischen Arbeit die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist, dann werden mehr engagierte Demokraten gebraucht, die Rechts- und Linksextremen offen entgegentreten. Für uns als Junge Union ist dies selbstverständlich.

Im Umgang mit politischem Extremismus muss sowohl über seine Folgen aufgeklärt, als auch die Auseinandersetzung mit seinen Inhalten gesucht werden. Bloße Verbote wirken gerade auf Jugendliche oft anziehend. Daher sind vor allem Alternativen anzubieten. Hier spielen die demokratischen politischen Jugendorganisationen eine wesentliche Rolle. Sie sind die Anlaufstellen, in denen demokratische Politik gelebt und erlernt wird und wo die Fähigkeiten zu einer geordneten Konfliktaustragung erworben werden können. Ihre positive Rolle für das freiheitliche und demokratische Gemeinwesen und gegen den Erfolg extremistischer Organisationen und Bewegungen können sie freilich nur erfüllen, wenn sie selbst fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und sich klar von Extremisten aller politischen Richtungen distanzieren. Auch über die demokratischen politischen Jugendorganisationen hinaus gibt es in der Jugendhilfe eine Vielzahl guter und qualifizierter Angebote. Die Priorität bei öffentlichen Programmen zur Bekämpfung und Prävention des Extremismus muss daher auf allen politischen Ebenen bei der Unterstützung der selbstorganisierten und selbstverwalteten Jugendorganisationen liegen. Zugleich müssen sich die Jugendorganisationen – einschließlich der politischen – immer wieder selbstkritisch fragen, ob ihre Strukturen die Jugendlichen und ihre Bedürfnisse auch wirklich erreichen.

Gerade die Jugendarbeit der Parteien sollte verstärkt im vorpolitischen Raum stattfinden. Es muss vermehrt gelingen, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie ihre Freizeit gestalten. Jugendliche in Jugendclubs und Vereinen wollen zumeist nicht über Politik, wohl aber über sich und ihr alltägliches Leben sprechen. Die Freizeitgestaltung mit Jugendlichen schafft Vertrauen und hilft, auch das Interesse für politische Themen zu wecken. Jugendliche, die sich so in einem stabilen sozialen und demokratischen Umfeld bewegen, sind weniger anfällig für extremistische Ideen. Es ist wichtig, ehrenamtliches Engagement zu fördern.

Bei der Prävention des politischen Extremismus ist auch die Schule gefragt. Wir brauchen eine offensivere Vermittlung demokratischer und christlicher Grundwerte und Praxis an Schulen. Freiheit und Demokratie, Rechtsstaat und Gerechtigkeit müssen täglich verteidigt werden. In den Schulen muss die Motivation zum Mitmachen in der Demokratie vermittelt werden. Ohne die Mitwirkung der Bürger ist der Staat zum Kampf gegen Extremismus nicht in der Lage. Vor diesem Hintergrund kommt lokalen Initiativen eine ganz besondere Bedeutung zu. Jugendbe-

teiligung sollte daher flächendeckend ermöglicht werden. Sie schafft die Möglichkeit, demokratische Abläufe zu erlernen – sie beugt gleichzeitig extremistischen Tendenzen vor.

Neben den politischen Jugendorganisationen kommt besonders den Vereinen des Sports und der Kultur eine wichtige präventive Rolle zu. Ehrenamtliches Engagement im Verein stärkt die Identifikation mit unserer Gesellschaft und wirkt so rechtem wie linkem Extremismus entgegen. Zudem können hier im regelmäßigen Miteinander gesellschaftliche Spielregeln erlernt und Vorurteile gegen andere abgebaut werden.

2. Extremistische Systemopposition im politischen System und ihre Bekämpfung

Während die oft spontane bzw. die anlassbezogene extremistische Gewalt die stärksten unmittelbaren Auswirkungen auf die Menschen hat, üben extremistische politische Parteien einen langfristig zersetzenden Einfluss auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Einstellung der Bürger zu ihrem Staat aus. Dieser Einfluss erfolgt schlimmstenfalls über eine Beteiligung an Regierungen oder eine öffentlichkeitswirksame Parlamentsarbeit, entfaltet sich aber auch durch kontinuierliche Negativ- und Abwertungskampagnen sowie Schmähkritik am politischen Gegner und der politischen Ordnung.

Wie die autonomen und lokalen Extremisten definieren sich auch extremistische Parteien vorwiegend durch die Gegnerschaft zu Ihren jeweiligen oder auch gemeinsamen Feindbildern bzw. durch allgemeine Antihaltungen und Systemopposition. Gerade bei jungen Menschen kann extremistische Wahlpropaganda zu einer dauerhaft negativen Einstellung zur bestehenden demokratischen politischen Ordnung führen. Auch bei der Bildung antidemokratischer politischer Milieus sind Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen wirksam.

Die Linke als politische Vertretung des Linksextremismus

Mit der Fusion von PDS und WASG zur Partei Die Linke haben linksradikale und linksextreme Positionen wieder einen prominenten Platz im politischen System und im öffentlichen Diskurs unseres Landes gefunden. Die angeblich neue Partei Die Linke ist in Wahrheit die alte SED. Politisch und juristisch ist Die Linke die Fortsetzung der SED, da diese formal nie aufgelöst wurde und man versäumt hat, diese Partei zu verbieten. Diese Partei hat lediglich eine vierfache Häutung hinter sich, die diesen Etikettenschwindel verschleiern soll. Im Dezember 1989 benannte sich die SED unter ihrem Vorsitzenden Gregor Gysi in SED-PDS um, am 4. Februar 1990 entschied man sich dann endgültig dafür, den Parteinamen SED abzulegen und hieß fortan bis in das Jahr 2005 PDS. Am 17. Juli 2005 erfolgte wiederum eine Namensänderung in Linkspartei.PDS. Nachdem am 16. Juni 2007 die Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG) der Partei beitrug, bezeichnen sich die Neosozialisten als „Die Linke“. Auch die übergroße Mehrheit der Mitgliedschaft dieser Partei stammt aus der SED und ist in „DDR“-Nostalgie gefangen. Diese Mitglieder sind in organisatorischer und ideologischer Hinsicht Kontinuitätsträger der „DDR“-Staatspartei. Ein großer Teil der mit der WASG hinzugekomme-

nen Mitglieder stammt aus linksradikalen und linksextremen Splittergruppen, von denen etliche wie DKP oder SEW westdeutsche Ableger der SED waren oder von ihr finanziert wurden. Noch heute bestimmt die mentale und politische Erblast der SED die Partei Die Linke. Sie verklärt die Geschichte der „DDR“ und benutzt deren vermeintliche Errungenschaften zusammen mit einem angeblichen Scheitern der Marktwirtschaft in der globalen Finanzkrise, um ihre alternativen Systemvorstellungen zu propagieren, die in Wahrheit auf eine Wiederholung alter Fehler hinauslaufen. Besonders perfide ist die immer wieder zu beobachtende Taktik der Linken, die Verbrechen der „DDR“ zu verharmlosen oder gar mit vermeintlichen Verbrechen oder Fehlern der Bundesrepublik auf eine Stufe zu stellen und so als unerwünschte Nebenwirkungen einer an sich richtigen Idee darzustellen. Dies äußert sich etwa in den immer wieder verharmlosenden Haltungen zum Mauerbau oder im gleichsetzenden Vergleich von westlichen Nachrichtendiensten und ostdeutscher Staatssicherheit.

Durch die Fusion von PDS und WASG sind die politischen Erblasten nicht halbiert, sondern verdoppelt worden: Die „DDR“-Verklärung wird weiterhin gepflegt und durch eine sozialromantische Wiederbelebung von Ideologien ergänzt, die sich schon in der alten Bundesrepublik als erfolglos erwiesen haben wie etwa die Vorstellung, man könne Arbeit und Wohlstand beliebig umverteilen oder ohne Militär und Sicherheitsbündnisse Frieden erhalten. Sie propagiert bereits einmal gescheiterte Utopien als vermeintliche Alternative zu einem funktionierenden System.

Die Linke ist nach ihrer Programmatik, nach ihrer Tradition und nach dem Selbstverständnis von nicht unbeachtlichen Teilen ihrer Mitglieder eine linksradikale und extremistische Partei. Sie strebt die Überwindung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse an und stellt damit die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage. Dabei bildet die Kapitalismuskritik das integrierende politische Fundament der Partei. Genauer betrachtet dient diese als Legitimationsbasis für die Überwindung unseres politischen Systems. Für die SED-Fortsetzungspartei hat das Grundgesetz einen rein instrumentellen Charakter. Die normativen und konstitutionellen Werte unserer Verfassung werden ihrer sozialistischen Strategie unterworfen und dienstbar gemacht. Die Linke steht damit ganz klar in Opposition zu unserer Gesellschaftsordnung. Der von der Partei propagierte „demokratische Sozialismus“ ist in Wahrheit nur eine leere Worthülse. Demokratie und Sozialismus schließen sich als unvereinbare Gegensätze aus. Es kann kein sozialistisches Wirtschaftssystem errichtet werden, ohne dass elementare Bürger- und Freiheitsrechte verletzt werden. Die Realität des Sozialismus hat stets seine freiheitsfeindliche, antidemokratische und totalitäre Natur bestätigt. Alle sozialistischen Staatssysteme waren – und sind etwa im Falle Kubas und Nordkoreas – durch politische Unterdrückung, allgemeine Unfreiheit, gesellschaftlichen Verfall, Nivellierung und Armut geprägt.

Auch organisatorisch zeichnet sich Die Linke durch extremistische Strukturen aus. So gibt es mit dem Marxistischen Forum, der Kommunistischen Plattform, der Sozialistischen Linken, der Arbeitsgemeinschaft „Cuba Sí“ und dem „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ offen extremistische Strukturen innerhalb der Partei. Mit Ausnahme des Marxistischen Forums wurden

diese Gruppierungen im Januar 2008 durch den Parteivorstand offiziell als bundesweite Zusammenschlüsse anerkannt. Sie sind in wichtigen Gremien der Partei vertreten, entsenden nach einem festen Schlüssel Delegierte zu Parteitag und werden finanziell unterstützt. Gleichzeitig pflegt Die Linke Kontakte zu Linksextremisten im In- und Ausland und hofiert Diktaturen wie in Nordkorea, Kuba und Venezuela. Mittlerweile gehört es in der Partei auch zum guten Ton, inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit gewesen zu sein. In mehreren Landesparlamenten sitzen für Die Linke ehemalige IMs und werden regelmäßig für Wahlen nominiert. Die Strategie der Partei, das „DDR“-Unrecht zu verharmlosen und eine beispiellose Geschichtsklitterung zu betreiben sowie Bürgerrechtler der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“ (wie z.B. Arnold Vaatz) zu verunglimpfen, ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Dazu gehört die Weigerung der SED-Fortsetzungspartei, die „DDR“ als Unrechtsstaat anzuerkennen. Die Linke versucht damit, ein Bild von der sozialistischen Diktatur in der „DDR“ als zwar gescheitertem, aber eigentlich besserem Deutschland zu verbreiten. Diese Deutung der Geschichte in ihrem Sinne ist eine verwerfliche und geschmacklose Verhöhnung der Opfer des „DDR“-Unrechtssystems. Denn die Einführung von Sozialismus und Planwirtschaft gingen von Beginn an mit der Errichtung der SED-Diktatur einher. Angefangen von der durch die Sowjets installierten Gruppe Ulbricht über die willkürlichen Enteignungen sowie die Verfolgung und Inhaftierung politisch unliebsamer Personen in Lagern bis zur brutalen Niederschlagung des Aufstand vom 17. Juni 1953 und der Inhaftierung und Ermordung von Menschen, die sich gegen diesen Sozialismus-Versuch zur Wehr setzten. Die Errichtung des sozialistischen Regimes in der „DDR“ war kein "legitimer Versuch" wie Politiker der SED-Fortsetzungspartei behaupten, sondern ein Verbrechen. Die zweideutige Positionierung der gescheiterten Kandidatin der SPD für das Amt des Bundespräsidenten sowie die Diskussionsbeiträge führender Sozialdemokraten zum Thema Unrechtsstaat „DDR“ zeigen, dass die Strategie der Verharmlosung funktioniert und genuine Positionen von Die Linke auch in der SPD verankert werden können. Die Zusammenarbeit der SPD mit der Partei Die Linke bei der Wahl des Bundespräsidenten in den Jahren 2004 und 2009 stellt den Beginn eines rot-roten Bündnisses auch im Bund dar. Die Junge Union fordert daher eine stärkere Förderung der wissenschaftlichen Aufklärung und Aufarbeitung der Geschichte der „DDR“. Insbesondere die Rolle von Inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der „DDR“ in Westdeutschland ist bisher zu sehr vernachlässigt worden. Ein Lehrstuhl mit dem Schwerpunktbereich der Erforschung der Friedlichen Revolution fehlt bis heute. In diesem Zusammenhang ist die Einrichtung einer Stiftungsprofessur zu prüfen.

Insgesamt ist im linken Spektrum eine wachsende Akzeptanz antidemokratischer und verfassungsfeindlicher Positionen zu beobachten. Antiimperialismus, Antiamerikanismus und Antizionismus, der so genannte Antifaschismus, der Antiparlamentarismus, die Ablehnung des Gewaltmonopols des Rechtsstaates sowie der Kampf gegen bürgerliche Lebensformen und ihre materiellen und moralischen Grundlagen, bilden die Eckpfeiler linksextremistischer Positionen.

Extremismus als offene Provokation – rechtsextreme Parteien in Fundamentalopposition

Im Bereich des Rechtsextremismus haben in den vergangenen Jahren immer wieder extremistische Parteien Erfolge erzielen können, insbesondere bei Landtagswahlen. Die rechtsextremen Parteien wie NPD oder DVU sind selbsterklärte verfassungsfeindliche und rassistisch ausgerichtete Parteien. Insbesondere die NPD greift immer wieder auch populistisch-antikapitalistische Aspekte auf und erinnert mit ihrer Sprache ganz klar an das Vokabular der Nationalsozialisten. Den rechtsextremen Parteien geht es aber nicht darum, bestimmte politische Ziele durchzusetzen, sondern auch sie wollen den demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat beseitigen.

Bei rechtsextremen Parteien nimmt der Antisemitismus breiten Raum ein. Selten wird dabei über explizit antisemitische Bekundungen der Antisemitismus transportiert, vielmehr werden diese Inhalte indirekt präsentiert. Dies geschieht vor allem über falsche historische Analogien und Vergleiche, die sich auf die Vernichtung und Verfolgung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland beziehen, sowie durch eine sich fundamentaloppositionell gebende Polemik gegen die Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus.

In den vergangenen Jahren und vor allem seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist es wieder zu einer Annäherung und Solidarisierung von Rechtsextremisten mit gewalttätigen Islamisten bzw. islamistischen Terroristen gekommen. Die Grundlagen der Gemeinsamkeit sind dabei Antiamerikanismus, Antizionismus und Antisemitismus. Die Bewunderung, die in rechtsextremistischen Kreisen dem islamistischen Terrorismus und Antisemitismus entgegengebracht wird, hat bislang aber keine echte Kooperation über die wechselseitige Unterstützung bei der Holocaust-Leugnung hinaus erbracht.

Die Junge Union spricht sich daher für eine ergebnisoffene Prüfung einer möglichen Initiierung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens aus, wobei gleichzeitig auch „Die Linke“ auf die Zusammenarbeit mit extremistischen Gruppen überprüft werden muss. Unser Ziel ist es, dass verfassungsfeindliche Parteien und Gruppierungen keine staatliche Unterstützung erhalten, da dies mit dem Grundgesetz und unserem politischen Grundsätzen nicht vereinbar ist.

Gemeinsamkeiten der Extreme

Die Junge Union wendet sich gegen diese Gefahren für Rechtsstaat und Demokratie unabhängig davon, ob sie von links oder rechts kommen, ob sie politisch oder religiös begründet sind. Extremismus jeder Art steht in Feindschaft zu Freiheit, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft. Extremisten jeglicher Couleur beanspruchen für sich, exklusiven Zugang zu einer historisch-politischen oder religiösen Wahrheit zu haben und sind im Kern antipluralistisch und antiindividualistisch orientiert. Kennzeichnend für Extremisten sind stark dominierende Freund-Feind-Stereotype. So schreiben Rechtsextreme sämtliche Probleme klar abgrenzbaren Gruppen wie Ausländern oder Juden zu. Linksextreme wiederum bestimmen ihr Feindbild durch sozial-strukturell definierte Gruppen, wie Unternehmer, „Yuppies“ und sonstige „Profiteure des Systems“. Extremisten stellen ihre Ideologien über die Rechte anderer, insbesondere

über deren Freiheitsrechte, und rechtfertigen zur Durchsetzung ihrer Ideologien oft auch die Anwendung von Gewalt. Allen Formen von Extremismus ist auch das Vorhandensein von jeweils spezifischen Verschwörungstheorien gemeinsam. Demnach gebe es in Wahrheit bestimmte Machtzentren, welche eigentlich das Weltgeschehen bestimmten. G8-Gipfeltreffen eignen sich als Kristallisationspunkte für solche Vorstellungen und werden daher regelmäßig zum Schauplatz von Ausschreitungen extremistischer Gruppen.

Extremisten von links und rechts versuchen, Marktwirtschaft und Globalisierung für alle Übel verantwortlich zu machen. Sie stellen das Verhältnis Deutschlands zu den USA, zur EU und zur Nato in Abrede und geben vor, nur eine staatsorientierte Wirtschaftspolitik könne Wohlstand, Arbeit und insbesondere soziale Gerechtigkeit garantieren. Dabei zeigt die Wirklichkeit, dass diese Ziele dauerhaft nur durch eine soziale Marktwirtschaft erreicht werden können.

Aufklärung und wehrhafte Demokratie zur Abwehr extremistischer Bedrohung

Als Konsequenz der zunehmenden extremistischen Gefahr sieht die Junge Union die intensive Auseinandersetzung mit politischem Extremismus von rechts und von links als notwendig an. Dabei sind Bildung und Aufklärung über politische Ziele, ideologische Hintergründe und geschichtliche Zusammenhänge von enormer Bedeutung.

Die wehrhafte Demokratie muss ihre Grundwerte erläutern und vermitteln. Vor allem junge Menschen müssen über die Bedeutung von Begriffen wie „demokratischer Verfassungsstaat“ und „Soziale Marktwirtschaft“ unterrichtet werden und in der Lage sein, die Anfechtungen durch extremistische Positionen zu erkennen und ihnen zu begegnen. Insbesondere die Geschichte der „DDR“ und die damit verbundenen Verbrechen der Stasi- und SED-Diktatur müssen neben der Behandlung der Geschichte des Dritten Reichs, einen größeren Raum im Schulunterricht erhalten. Ziel muss es sein, dass kein Schüler in Deutschland die Schule verlässt, ohne die „DDR“ und das SED-Regime im Unterricht behandelt zu haben. Dazu fordern wir, die Geschichte des 20. Jahrhunderts statt wie bisher nur im letzten Jahr vor dem mittleren Schulabschluss künftig in den beiden letzten Jahren zu behandeln, und zwar einschließlich des Scheiterns der „DDR“ und der daraus folgenden Wiedervereinigung. Unsere vom Grundgesetz garantierte, der Gesellschaft und dem Sozialstaat verpflichtete, aber auf die Eigeninitiative und Schaffenskraft der Menschen vertrauende Wirtschaftsordnung mit ihrem Erfolg muss verteidigt werden gegen die Vorstellung vom allmächtigen, lenkenden Staat. Für die Junge Union sowie CDU und CSU bedeutet dies, sich weiterhin der politischen Bildung in ihren Grundlagenbereichen zu widmen.

Zur Stärkung der politischen Bildung Jugendlicher fordern wir, dass die weiterführenden Schulen künftig regelmäßig Diskussionen mit den Vertretern der demokratischen Parteien oder ihrer Jugendorganisationen veranstalten. Dies fördert nicht nur die Debattenkultur und schärft das politische Bewusstsein Jugendlicher, sondern verringert auch beiderseitige Distanz und Berührungängste zwischen Politikern und jungen Menschen. Darüber hinaus fordern wir eine finanzielle Stärkung der Jugendverbände in den Bundesländern, in denen die Jugendver-

bände unzureichende oder gar keine finanziellen Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt bekommen.

Im Kampf gegen den Extremismus müssen alle demokratischen Parteien Position beziehen und sich klar gegenüber extremistischen Gruppierungen abgrenzen. Es darf beispielsweise beim Eintreten gegen Rechtsextremismus keine Aktionsgemeinschaften mit Linksextremisten wie Linksjugend [‘solid], Autonome Antifa u.a. geben. Auch die Zusammenarbeit mit Parteien des linksextremen Spektrums (Die Linke, MLPD, DKP, u.a.) sowie des rechtsextremen Spektrums (REP, DVU, NPD, u.a.) lehnt die Junge Union auf allen politischen Ebenen ab! Gerade linke Gruppierungen differenzieren nicht oder nicht ausreichend zwischen „rechts“ und „rechtsextrem“. Es wird fast ausschließlich vom „Kampf gegen rechts“ gesprochen. Gegen diese von den Linken nicht unbeabsichtigte Provokation muss das bürgerliche Lager stärker als bisher aufklärend tätig werden.

Im Hinblick auf extremistische Parteien setzt sich die Junge Union außerdem für die Überprüfung der staatlichen Parteien- und Wahlkampffinanzierung ein, damit der Versuch, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bekämpfen, nicht öffentlich finanziert wird. Auch darf nicht mit Hilfe von Scheinparteien die Wahlkampfkostenerstattung als lukrative Einnahmequelle missbraucht werden, wie dies der Münchner Verleger Gerhard Frey mit der DVU tut.

3. Neue Bedrohungen, alte Herausforderungen

Außer von politischen Extremisten wird unsere Gesellschaft auch von religiösen Extremisten und nationalistischen Fundamentalisten abgelehnt. Diese Ablehnung äußert sich in abgeschwächter Form in der Abschottung von der westlichen Gesellschaft, die bis hin zum Ausgrenzen anderer Religionen oder Ethnien reicht. In diesen Parallelgesellschaften werden der deutsche Staat und seine Institutionen wie Schulen, Jugendämter, Polizei oder Gerichte außen vor gehalten, eine Konfliktlösung erfolgt nach den Regeln der jeweiligen Heimatgesellschaften. In ihrer schärferen Form äußert sich die Ablehnung der deutschen Gesellschaft durch eine gewaltsame Bekämpfung. Zum Extremismus von links und rechts tritt seit einigen Jahren ein religiös motivierter politischer Extremismus islamischen Ursprungs. Für Islamisten sind die Schriften des Islam zwingende politische Handlungsanweisungen, die gegebenenfalls auch mit Gewalt durchgesetzt werden müssen. Der „Islamismus“ ist mit einem demokratischen Gemeinwesen und rechtsstaatlichen Prinzipien unvereinbar. Der Großteil der Muslime lebt friedlich in Deutschland und erkennt unsere Werte an. Islamistische Organisationen in Deutschland streben die Errichtung eines strikt an der islamischen Rechtsordnung (Scharia) ausgerichteten Staatswesens zunächst in ihren Herkunftsländern an. Fernziele sind die weltweite Verbreitung des Islam und die Gründung eines weltweiten Kalifats unter Aufhebung staatlicher Grenzen. Ende 2008 gab es in Deutschland 29 islamistische Organisationen, die bundesweit aktiv waren. Die Zahl ihrer Mitglieder oder Anhänger ist vom Jahr 2007 zum Jahr 2008 von 33.170 auf 34.720 gestiegen. Die Dunkelziffer an Sympathisanten ist noch weit höher.

Gewalttätige Islamisten machen den Westen und Israel bzw. den Zionismus für die Probleme in der islamischen Welt verantwortlich und betrachten den westlichen Einfluss bzw. Verschwörungen von Zionisten oder Juden als das größte Hindernis bei der Errichtung einer islamistischen Ordnung. Aus diesem Grund werden die westliche Staaten, Israel und generell Juden und jüdische Einrichtungen als legitime Ziele von Gewalt verstanden.

Auch von islamistischen Organisationen, die in Deutschland nicht terroristisch agieren, geht eine Bedrohung aus. Sie wollen nicht nur in ihren Herkunftsländern islamistische Ordnungen errichten. Zugleich treten sie als Interessenvertretung in Deutschland lebender Muslime auf und nutzen rechtliche Möglichkeiten und Spielräume, um ihren Anhängern Freiräume für ein schariakonformes Leben zu schaffen. Dieses Verhalten fördert die Entstehung und Verfestigung von Parallelgesellschaften und kann gerade bei jungen Muslimen Radikalisierungsprozesse initiieren. Ein Beispiel dafür ist die „Islamische Gemeinschaft Millî Görüs e.V.“ (IGMG), die mitgliederstärkste islamistische Organisation in Deutschland. Ihr Ziel der Bewahrung religiöser und kultureller Identität und der Verhinderung von Assimilation sind geeignet, die Entstehung und Ausbreitung islamistischer Milieus in Deutschland zu fördern. Die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) ist eine Organisation von Anhängern der „Muslimbruderschaft“ (MB) in Deutschland. Die Muslimbruderschaft wurde 1928 in Ägypten gegründet und ist in zahlreichen islamischen Ländern aktiv. Die Terrororganisation Hamas z. B. gehört ebenfalls in den Kreis der Muslimbruderschaft. Auch die IGD versucht mittels politischer und gesellschaftlicher Einflussnahme, ihren Anhängern eine an der Scharia orientierte Lebensweise zu ermöglichen.

Die größte Bedrohung für die Sicherheit geht vom islamistischen Terroristen aus. Es reicht von Gruppierungen, die enge Beziehungen zu islamistischen Organisationen im Ausland haben, bis hin zu unabhängigen Kleinstgruppen oder Einzeltätern. In letzter Zeit hat das Phänomen islamistisch orientierter Konvertiten an Bedeutung gewonnen, wie das Beispiel der so genannten „Sauerland-Gruppe“ zeigt. Wesentliches Propagandamedium für Islamisten und islamistische Terroristen ist das Internet. Dabei wird vor allem auf die Radikalisierung in Deutschland lebender Muslime gezielt. Die Ansprache richtet sich besonders an Jugendliche.

Terrorismus macht weder vor den USA, Großbritannien oder Spanien noch vor Deutschland halt. Eine strikte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit ist daher nicht mehr möglich. Vor diesem Hintergrund müssen wir auch auf die Kompetenzen der Bundeswehr bei der Terrorismusabwehr im Inland zurückgreifen können.

Prävention islamistischer Radikalisierung

Die Junge Union unterscheidet klar zwischen Islam und Islamismus. Die friedliche Ausübung der Religion ist Teil unserer Werteordnung. Dies muss aber auch von muslimischer Seite aus stärker herausgestellt werden. Wir fordern die muslimischen Gemeinschaften und Vereine daher auf, sich stärker von Extremisten in den eigenen Reihen abzugrenzen, die Integration

von Zuwanderern aktiv zu fördern und so dafür zu sorgen, dass Muslime als wichtiger Bestandteil der heutigen deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden.

Wir müssen aber auch anerkennen, dass von deutscher Seite aus über viele Jahre zu wenig für die Integration von Zuwanderern getan wurde. Der mit den Islamkonferenzen begonnene Dialog muss auch in der nun beginnenden Legislaturperiode weitergeführt werden und dabei zu beiderseitigen Verpflichtungen führen. Auch die Junge Union will dabei mit gutem Beispiel vorangehen und Berührungspunkte abbauen. Der Bundesvorstand und die Landesvorstände werden daher aufgefordert, persönliche Kontakte zu muslimischen Jugendverbänden zu suchen und einen kontinuierlichen Dialog aufzubauen.

Andererseits muss die wesentliche Rolle, die manche islamische Vereine im In- und Ausland sowie ausländische Finanziere am Fortbestand des Islamismus in Deutschland spielen, Konsequenzen im Umgang des Staates mit islamischen Ansprechpartnern haben. Dies gilt auch für den Umgang mit Ländern, in den Christen ihres Glaubens wegen verfolgt werden. In Zukunft ist auf allen staatlichen Ebenen eine kritische Prüfung von Moscheebauvereinen, islamischen Vereinen und Bildungsstätten sowie ihrer Geldgeber vorzunehmen, um mögliche Verbindungen zu inländischen oder ausländischen Islamisten offenzulegen. In solchen Fällen darf es keine weitere Unterstützung durch öffentliche Stellen mehr geben. Ein Verbot solcher Gruppen ist anzustreben.

Zugleich muss in Deutschland ein Ausbildungssystem für Islamlehrer aufgebaut werden, die einen Islamunterricht an staatlichen Schulen in deutscher Sprache und mit geprüften, verfassungskonformen Inhalten anbieten. Wir fordern eine staatliche Durchsetzung der Teilnahme von Mädchen am Sportunterricht, Aufenthalt in Schullandheimen, Ausflügen und schulischen Veranstaltungen. Die Anerkennung der Rechts- und Werteordnung des Grundgesetzes durch die in Deutschland lebenden Muslime, ihre politischen Vertreter und ihre Geistlichen ist die unerlässliche Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben zwischen den Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft. Für uns ist es unerträglich, dass vermeintliche islamische „Gelehrte“ zu Hass und Gewalt in Deutschland aufrufen.

Darüber hinaus sind Kenntnisse anderer Religionen und gemeinsame Aktionen für das Zusammenleben hilfreich, wie die Geschichte der Ökumene in Deutschland zeigt. Wir fordern daher den Ausbau interreligiöser Kommunikation im Religionsunterricht, insbesondere durch gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen der verschiedenen Religionen.

Schlussappell

Die Erfahrungen aus unserer Geschichte und aus dem Scheitern der Weimarer Republik haben uns gelehrt, dass es entscheidend darauf ankommt, früh und energisch den politischen Rattenfängern von links und rechts entgegenzutreten. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Radikale sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung wenden und unsere Republik offen

bekämpft wird. Den Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger der „DDR“ kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie haben vor 20 Jahren in einer friedlichen Revolution eine Diktatur beendet. Das zeigt, dass Frieden, Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind.

Alle demokratischen Parteien und Gruppierungen sind aufgerufen, im politischen Wettbewerb Antworten auf die Probleme unserer Zeit zu finden und im Dialog mit den Menschen nach den bestmöglichen Wegen zu suchen. Die Menschen müssen sich ernst genommen fühlen. Hier sind in der Vergangenheit Fehler gemacht worden, welche wir korrigieren müssen. Nur wenn wir die bisherige Rolle der Politik auch kritisch hinterfragen, können wir das Vertrauen der Menschen in die Politik zurück gewinnen.

Wir dürfen das Feld nicht den Demagogen überlassen, welche den Menschen mit einfachen aber nicht durchzusetzenden Parolen eine heile Welt vorgaukeln. Vor dem Hintergrund der leider tendenziell sinkenden Wahlbeteiligung wird es eine Kernaufgabe sein, deren Gründe zu hinterfragen und Vertrauen und Verständnis für demokratische Prozesse zu stärken. Nur so gewinnt am Ende die Demokratie

Gerade in Zeiten einer tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise, die mit Härten für viele Menschen einhergeht, ist es wichtig, die Grundlagen unseres Gemeinwesens zu verteidigen. In den Jahrzehnten des Wohlstandes und der politischen wie sozialen Stabilität ist vielen Bürgern der Wert von Demokratie, Rechtsstaat und Sozialer Marktwirtschaft nicht mehr so bewusst, wie es geboten wäre. Dies kann unter ungünstigen Umständen extremistischen Bewegungen, die sonst wenig Bedeutung haben, Möglichkeiten für ihre zerstörerischen Aktivitäten eröffnen. Es ist in einer solchen Situation unerlässlich, dass alle demokratischen Kräfte sich unmissverständlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in allen ihren Bestandteilen bekennen und von politischem Extremismus in jeder Form und aus jeder Richtung klar distanzieren. Zur Bewahrung unserer erfolgreichen Ordnung und des sozialen Friedens muss auch der Gedanke der wehrhaften Demokratie wieder stärker mit Leben erfüllt werden und politischer Extremismus überall unnachgiebig bekämpft werden.